

Telefon: 0 233-40400
Telefax: 0 233-40500

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration

Fortschreibung Rahmenfinanzierung Ukraine-Krise

Bereitstellung von Mitteln für bis zu 5.625 zusätzliche Bettplätze

**Ergänzung vom
30.06.2022**

Fallbearbeitung AsylbLG

Fortführung Gesundheitsdienste

Neues Ankunfts- und Verteilzentrum

Dachauer Straße 122

9. Stadtbezirk – Neuhausen-Nymphenburg

Neueröffnung von Leichtbauhallen zur vorübergehenden Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine

15. Stadtbezirk – Trudering-Riem

20. Stadtbezirk – Hadern

24. Stadtbezirk – Feldmoching-Hasenberg

Planung und Neueröffnung von Containerunterkünften zur Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine

22. Stadtbezirk – Aubing-Lochhausen-Langwied

Zwischennutzung von Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine

16. Stadtbezirk – Ramersdorf-Perlach

Spendenauf Ruf und Logistikzentrum Kleine Olympiahalle

Nutzung Toilettenanlage am Hauptbahnhof

Hotelkosten Kulanzregelung

Ausweitung der Bewachung der Dienstgebäude des Amtes für Wohnen und Migration

Ausweitung der Dolmetschdienste

Ersatzmittelbeschaffung für das städtische Lager

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06731

Beschluss des Sozialausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 05.07.2022 (VB)

Öffentliche Sitzung

Im Nachgang zur bereits versandten Beschlussvorlage informiert das Sozialreferat über die weitere Entwicklung zu den Themen Bettplatzkapazitäten und Leichtbauhallen.

Das generelle Szenario von 5.625 Bettplätzen in München wird im Rahmen der Gesamtstrategie durch den Freistaat aufrecht erhalten. Es wird jedoch durch die Regierung von Oberbayern akzeptiert, wenn neben der Schaffung von weiteren langfristigen Unterbringungsmöglichkeiten die noch fehlenden Restkapazitäten im Standby-Modus vorgehalten werden oder im Katastrophenmodus innerhalb von fünf Tagen aufgebaut werden können.

Für die unter 1.6 aufgeführten geplanten neuen Leichtbauhallenstandorte Gundermannstraße, Kurparkstraße und Stolzhoferstraße bedeutet dies, dass sie vorerst nicht realisiert werden. Die TaskForce Ukraine recherchiert derzeit, welcher konkrete Standort als kurzfristige Lösung innerhalb von drei Monaten zur Verfügung stehen könnte, wenn die Notwendigkeit entsteht.